

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Dezember 1978

# Evangelische Verantwortung

Heft 12/1978

## EAK-Bundestagung 1979

Lieber Leser!

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU führt seine nächstjährige Bundestagung in der Zeit vom 2. bis 4. März unter dem Leitthema „Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit“ in Wuppertal durch.

Wuppertal weckt bei uns allen Erinnerungen. Wir denken zurück an die Bekenntnissynode, die 1934 in Barmen-Gemarke stattgefunden hat. Wir erinnern uns zugleich aber auch der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises, die dort im Juni 1954 mit Hermann Ehlers stattfand. Kurz zuvor hatte Hermann Ehlers die Aufgabe evangelischer Christen in den Unionsparteien mit folgenden Worten umrissen:

„Wir sind von der uns aufgegebenen Verpflichtung überzeugt, in allen Fragen des politischen Lebens unseren Glauben nicht zu eliminieren und nach irgend welchen säkularen Prinzipien Politik zu treiben, sondern ihn auch und gerade in der Praxis der politischen Tagesentscheidung zu bewähren.“

Seither ist ein Vierteljahrhundert ins Land gegangen. Der Ruf nach der Verdeutlichung evangelischer Positionen innerhalb der CDU/CSU ist weithin hörbar und auch im Zentrum des Bergischen Landes wird der Evangelische Arbeitskreis darauf hin befragt werden. Er wird deutlich aus Evangelischer Verantwortung zu wichtigen politischen Anfragen Stellung beziehen müssen. Die Verwirrung, die heute leider oft auch durch kirchliche Amtsträger erzeugt wird, verunsichert unsere Gemeindeglieder. Sozialistische Schwarmgeister entdecken in den Kirchen den Transmissionsriemen ihrer politischen Auffassungen. Solche Ansichten zu haben, ist ihr gutes Recht – aber die Wahl des Schauplatzes darf von uns nicht hingenommen werden. Wir wollen nicht mitschuldig werden, wenn kirchliche Amtsträger ihren Verkündi-

gungsauftrag verlassen und pointiert einseitig zu aktuellen tagespolitischen Fragen Stellung nehmen – die Handhabung des Sonderfonds des Antirassismusprogramms durch den Weltkirchenrat, aus dem gewalttätige Organisationen unterstützt werden sollen, ist ein beredtes Beispiel.

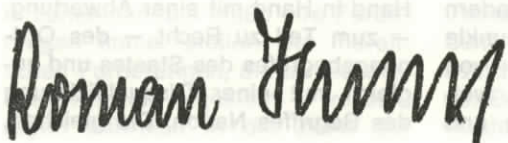
Uns geht es darum, Positionen der Mitte im freien Austausch von Meinungen und Informationen aufzuzeigen. Dies geschieht sowohl durch die Evangelische Verantwortung als auch durch unsere zahlreichen Veranstaltungen. Den Bundestagungen unseres Arbeitskreises kommt dabei besondere Bedeutung zu. In vielen Gesprächen konnten wir uns einen Überblick jener Fragen verschaffen, die draußen an der Basis unsere Freunde bewegen und die zugleich auch im kirchlichen Bereich besondere Aufmerksamkeit finden. Diese wollen wir thematisch in die Arbeitskreise unserer Wuppertaler Bundestagung einbringen. Im einzelnen handelt es sich um die Bereiche: Europa, Dritte Welt, Christentum und Marxismus sowie um die brennende Frage nach der Gestaltung des Religionsunterrichts an unseren Schulen.

Unser Hauptanliegen ist es, daß diese Themen auf unserer Tagung im März nicht nur systematisch bearbeitet und vertieft werden, sondern daß sie anschließend auch ins Land hinausgetragen und in unseren regionalen Arbeitskreisen diskutiert werden.

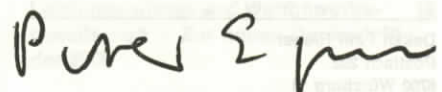
Die Leser der Evangelischen Verantwortung sind aufgerufen, uns auf diesem Wege zu begleiten. Notieren Sie bitte jetzt schon den Termin der Wuppertaler Tagung, deren endgültiges Programm wir Ihnen rechtzeitig übersenden – wir laden Sie herzlich ein.

Mit unseren heutigen Zeilen wünschen wir Ihnen eine gesegnete Weihnacht und verbinden damit zugleich die Hoffnung, daß das neue Jahr uns allen Glück und Zufriedenheit bringt.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Roman Herzog  
(Vorsitzender)



Dr. Peter Egen  
(Geschäftsführer)

# Mut zur Verantwortung — die Rolle der Kirche im gegenwärtigen politischen Handeln

Paul Rieger

Werden wir in einer immer stärker säkularisierten Welt mutlos oder haben wir nicht gerade als Christen den Auftrag, Verantwortung zu praktizieren und uns mutig der Herausforderung unseres Glaubens zu stellen? Viele Anzeichen der letzten Wochen und Monate sprechen dafür, daß sich ein Umbruch abzeichnet, der uns Hoffnung gibt. Dekan Paul Rieger aus Würzburg geht diesen Fragen im folgenden Beitrag nach.

Das Thema dieses Artikels „Mut zur Verantwortung“ könnte den Anschein erwecken, als fehle es in unserer Zeit an Verantwortungsbereitschaft. Ich möchte dem gegenüber eine erste These, überspitzt, folgendermaßen formulieren: Wir leben in einer Zeit der Verantwortungsschwemme und der Verantwortungszumutungen und nicht in einer Zeit der Verantwortungsstille. Wofür werden wir nicht alles verantwortlich gemacht! Vor kurzem las ich in der „Süddeutschen Zeitung“ einen Kommentar zum Einmarsch der Kadanga-Gendarmen in Zaire. Nachdem der Autor einige Probleme analysiert hatte, teilte er seine moralischen Seitenhiebe aus: Die Kolonialmächte seien dafür verantwortlich zu machen, daß die Schwarzen sich bekriegen, weil sie solch geartete Auseinandersetzungen von den Weißen gelernt hätten. Als ob der Krieg eine Erfindung der Weißen wäre! Es gibt genug andere Beispiele. Verantwortungsschwäche und Mißwirtschaft in der Dritten Welt, Konflikte auf einem Kontinent geben unseren Kommentatoren häufig Gelegenheit für diese Vorgänge in der Welt Europa und die USA in einer Art pauschalen Weltverantwortung zur Rechenschaft zu ziehen. Die Bürger dieser Staaten werden moralisch in Bewegung gesetzt und deren guter Wille beansprucht, um Fragen der Rassenpolitik, der Ungerechtigkeit von irgendwelchen Diktaturen, besonders solcher von rechts mit

lösen zu helfen. Woher kommt diese Verantwortungsschwemme?

Europa und die USA sind die großen Meinungsmärkte der Welt. Hier laufen die Nachrichten von überallher zusammen, hier besteht die Möglichkeit, sie ungehindert zu verbreiten und gegebenenfalls zur öffentlichen Meinung zu machen. Die öffentliche Meinung ist in diesen Ländern eine politische Macht, im Gegensatz zu den östlichen Demokratien und zu den Diktaturen, wo die kritische Moral im Untergrund oder in riskanten Oppositionen ihr Dasein fristen muß.

Europa hat Jahrhunderte der Weltherrschaft des Kolonialismus hinter sich, ein Zustand, der für das Selbstbewußtsein der Weißen in der Welt von ungeheurer Bedeutung war und ist. Die Kolonialreiche sind zusammengebrochen, die politische Macht ist geschwunden; geblieben ist eine Art moralischer Imperialismus, der sich für jedes und alles in der Welt verantwortlich fühlt, eine Art moralische Weltbürgerlichkeit, die allzu leicht vergißt, daß die Erhaltung des eigenen Staates auch die Wahrnehmung der eigenen Interessen verlangt. Sich moralisch verantwortlich zu gebärden, ist umso leichter, je größer der Wohlstand und die Sicherung der Grundbedürfnisse des eigenen Staates und der eigenen Gesellschaft erscheinen. Europa und unser Land ist bezüglich der Weltverantwortung um ein Vielfaches sensibler und verantwortungsnervöser als die meisten anderen Staaten in der Welt.

Weil unsere Bürger mitten im dichtesten Nachrichten- und Meinungsmarkt der Welt leben und arbeiten, erscheint die Welt für den Normalbürger immer komplizierter und undurchschaubarer. Die Verantwortungsschwemme hängt zugleich mit der Nachrichtenschwemme zusammen, die die Welt nicht klarer durchschaubar macht, sondern sie vielmehr wie finstere, dunkle Urwälder erscheinen läßt, von denen man nicht recht weiß, welche Ungeheuer dort hausen und

vor denen man sich besser fürchtet, um den Gefahren zu entgehen. Jedoch es gehört zur Natur des Menschen, auf Dauer Undurchschaubares und Undurchsichtiges nicht zu ertragen. Da die Vorgänge mit Hilfe vom Sachlichen und Fachlichen nicht durchschaubar gemacht werden können — wer ist schon als Normalbürger in der Lage, die komplizierten Zusammenhänge des Dollarverfalles oder der Rassenkonflikte im südlichen Afrika zu durchschauen — liegt die Versuchung nahe, das Undurchschaubare mit einer moralischen Formel durchschaubar zu machen. Es gibt unter uns geschickte moralische Verführer, die es verstehen, wendige Formulierungen zu gebrauchen, die sie den Menschen vortragen. Die Welt und die Gesellschaftsmisere verdampfen unter der Sonne einer hohen Moral und die Schönwetterperiode scheint endlich zu beginnen. Von daher gesehen erleben wir heute eine starke Moralisierung der Welt und damit natürlich eine Inanspruchnahme der Menschen in Verantwortlichkeiten wie nie zuvor, auch in Bereichen, wo sie schlechterdings keine Verantwortung tragen müßten oder tragen können.

Die Verantwortungsschwemme als Folge moralischen Hochwassers allenthalben hat noch einen weiteren, speziell für unser Land gültigen Grund. Das Terrorismusproblem der letzten Jahre ist in unserer Gesellschaft nicht verarbeitet und liegt vor den Augen ebenfalls wie ein auf weiten Strecken undurchschaubares dichtes Gestrüpp. Wie alles politische Geschehen zwingen die terroristischen Taten zu einer moralischen Aufarbeitung. Dieser Wunsch trifft mit einem alten Zwang zusammen, die Faschismuszeit zu verarbeiten. Letzteres ist ebenfalls nicht abgeschlossen. Die Faschismuskritik der 50er Jahre in unserem Lande ging bekanntlich Hand in Hand mit einer Abwertung, — zum Teil zu Recht — des Ordnungsbegriffes des Staates und zugleich mit einer Disqualifizierung des Begriffes Nation. Die gleichen,

Dekan Paul Rieger  
Postfach 202  
8700 Würzburg 11

die die teilweise überzogene Kritik der 50er Jahre getragen haben, stehen nun in der Verlegenheit, daß das, was sie damals kritisiert haben, sich plötzlich gegen sie selbst und ihr eigenes Lager kehrt und zurückschlägt. Was sie weggeschleudert haben, wendet sich wie ein Bumerang gegen sie selbst zurück. Es besteht kaum ein Zweifel, daß vieles des überzogenen Antionnungs- und Antinationsgedankengutes in die Gedankenwelt des Terrorismus Eingang gefunden hat. Ein Beispiel der Verlegenheit aus der jüngsten Zeit: Im Juni dieses Jahres hörte ich in Würzburg einen Vortrag von Professor Löwenthal aus Berlin, der sich aus der vorhandenen Widersprüchlichkeit dadurch herauszumanövrieren suchte, indem er sagte: Man müsse unterscheiden zwischen solchen Leuten, die lediglich kritisch-anarchisch denken und solchen Personen, die sich zum Handeln entschließen und Unheil anrichten. Das erste müsse man ungehindert gewähren lassen, gegen das zweite jedoch entschieden wehren. Ein solcher Rückfall in pseudoliberalen Denkwesen des vorigen Jahrhunderts verstärkt zusätzlich die moralisierenden Tendenzen in unserem Lande. Löwenthal übersieht, daß die öffentliche Meinung des vorigen Jahrhunderts keineswegs die politische Macht und Relevanz hatte, wie sie diese heute in den westlichen Gesellschaften tatsächlich hat und ausstrahlt.

### Die Moralischer und die Handlungsmacher

Wir erleben zur Zeit ein immer breiter werdendes Auseinanderdriften zweier wichtiger Gruppen in unserer Gesellschaft. Sie sind an einigen Stellen schon so weit auseinander, daß sie sich gegenseitig nicht mehr verstehen können und zu diffamieren beginnen. Die eine Gruppe ist diejenige, die in unserer Gesellschaft die Moral, die Werte, das was zu gelten hat, formuliert, ausspricht und in der Öffentlichkeit vertritt. Diese Gruppe – so empfinden es die anderen – formuliert in zunehmendem Maße ihre Forderungen immer steiler. Die moralischen Forderungen, die an die Verantwortlichen gestellt werden, ragen teilweise in die Zone der

Erbarmungslosigkeit und können ohne Selbstaufgabe der Handelnden gar nicht erfüllt werden. Das moralische Verhältnis zur Dritten Welt wurde bereits erwähnt. Ein anderes Beispiel mit ständig steigenden starken moralischen Forderungen bezieht sich auf das gegenwärtige heftig diskutierte Phänomen der Randgruppen in unserer Gesellschaft. Jede Gesellschaft hat ihre Randgruppen, die sie vernachlässigt: die Behinderten, die Gastarbeiter, um nur einige zu nennen. Es ist notwendig und im Sinne der christlichen Moral recht, daß sich Anwälte finden, die diese Randgruppen vertreten und ihre Stellung in der Gesellschaft verbessern und heben.

Manche der von dort kommenden Forderungen nach Recht und Zuwendung geraten in gesellschaftliche Zonen, die nur dann befriedigt werden können, wenn die Wohlstandsgesellschaft genügend Geld und Zeit zur Verfügung hat. Die christliche Tradition unterscheidet sehr wohl: Zuwendungen aus Liebe und Zuwendungen aus einer Rechtsforderung. Letztgenannte Forderungen beruhen auf dem Prinzip von Geben und Nehmen. Der Eigenbeitrag zur Erhaltung der Gesellschaft muß in einem einigermaßen durchschaubaren Verhältnis zur Forderung stehen. Wenn dies nicht möglich ist, tritt das Gesetz der Nächstenliebe und der Zuwendung zu den Schwachen auf der Grundlage der christlichen Caritas in Geltung.

Handelnde und Entscheidungsträger brauchen für ihr Tun die moralische Legitimation. Wenn diese ihnen verweigert wird, geraten sie in den Verdacht der Machtwillkür und Diktatur. Die Macht entwickelt aus sich selbst heraus keine eigene Würde, sie bedarf der moralischen Begründung. Die Legitimation verweigern, bedeutet in den westlichen Ländern, den Handelnden ihre Macht zu entziehen. Eine Verweigerung der Legitimation kann so weit führen, daß ein Staat innerlich so schwach wird, daß er außenpolitisch nicht mehr handeln kann. Damit wird das Moralisieren und die Verantwortungsempfindlichkeit des Westens zu einer politischen Chance, die im außenpolitischen Geschäft von der anderen Seite genutzt werden kann. Die östlichen Staaten sind Meister in der Beherrschung dieser Kunst. Sie verstehen es hervorragend, den

westlichen Meinungsbildnern immer wieder vorzügliches moralisches Material zuzuspielen, das die öffentliche Meinung zu Recht mobilisiert. Unversehens sehen sich die westlichen Moralformulierer in einer unheiligen Allianz mit Kräften, mit denen sie selbst nichts zu tun haben wollen, gegen die sie aber mit den eigenen Waffen der Moral nicht angehen können, weil dort eine öffentliche Meinung im Sinne einer politischen Macht nicht existiert. Angesichts dieser Schwierigkeiten und des Legitimationshungers der Handelnden, speziell der westlichen Politiker, richtet sich in wachsendem Maße der Blick auf jene Institution in unserer Gesellschaft, die von Alters her über hunderte von Jahren das Handeln begleitet und legitimiert hat: auf die Kirche und die Religion.

Die große Frage, um die es heute geht, stellt sich, ob und in wieweit die Kirchen und speziell die evangelische Kirche, bloße Mitsinger im allgemeinen Verantwortungskonzert unserer Gesellschaft sind, oder ob sie darüber hinaus Eigenes anzubieten haben, das den Nöten und Schwierigkeiten der Handelnden gerechter wird. Es gibt nicht wenig Vorwürfe und Anlässe, die der evangelischen Kirche nachsagen – die Äußerungen des Weltkirchenrates und die Verlautbarungen einer bestimmten Gruppe von evangelischen Theologen – sie formuliere Moral und Verantwortung genau so steil und handlungsfern, ja noch steiler und handlungsferner als die anderen. Die Vorwürfe, die hier gegen die evangelische Kirche erhoben

## Aus dem Inhalt

EAK-Bundestagung 1979	1
Mut zur Verantwortung – die Rolle der Kirche im gegenwärtigen politischen Handeln – Paul Rieger	2
Aus unserer Arbeit	5
Buchbesprechungen	9
Roman Herzog im Gespräch mit der Ev.-Lutherischen Landeskirche Braunschweig	10
Kurz notiert	10
Leistungsprinzip und Wettbewerbsgesellschaft – Zur neuen Denkschrift der EKD	12

ben werden, stimmen so in der Pauschalität nicht. Sie übersehen die große Zahl von maßgebenden evangelischen Kirchenmännern und Theologen, die das gefährliche Auseinanderdriften der beiden Gruppen sehen und dem entgegenwirken.

Große Nachkriegserfindungen der evangelischen Kirche, nämlich die evangelischen Akademien sowie der Deutsche Evangelische Kirchentag sind bewußt dort angesiedelt worden, wo die beiden Gruppen sich treffen könnten und auch treffen und treffen. Daß diese zwei Einrichtungen in der gegenwärtigen Auseinandersetzung besonders gefährdet sind, darf nicht darüber hinwegsehen lassen, in wie vielfältiger Weise dort an der Überbrückung jenes verhängnisvollen Grabens erfolgreich gearbeitet wird.

### Pluralismus und Grundwerte

Die Antwort auf das Legitimationsbedürfnis der Handelnden und die Abdeckung ihrer Verantwortung heißt bis heute „Pluralismus“. Dies bedeutet im Sinne des Liberalismus des vorigen Jahrhunderts, daß mehrere Meinungen nebeneinander existieren und in der Auseinandersetzung der Ideen und Vorstellungen sich ein Wertekonsensus bildet. Das Bekenntnis zum Pluralismus hat zwar die religiösen Glaubenskriege des 18. Jahrhunderts beendet, zugleich aber darauf verzichtet, eine einheitliche Vorstellung und inhaltlichen Bezugspunkt für Verantwortung anzugeben. Die Entwicklung der Pluralismustheorien und Debatten zeigt eine abnehmende inhaltliche Bestimmung zu Gunsten eines zunehmenden Ausbaues und Verfeinerung der Methoden; analog der Entwicklung in den anderen Wissenschaften auch. Eine der jüngsten Veröffentlichungen dazu von Hans Kremen-dahl „Pluralismustheorie in Deutschland, Entstehung, Kritik, Perspektiven“ definiert den Pluralismus „als Legitimationstheorie der freien Konfliktsaustragung, die als logische Folge der gesellschaftlichen Heterogenität angesehen wird“. Der Pluralismus ist hier voll zurückgenommen auf eine reine Methodenlehre, eine Art Streit-Theorie, wobei es relativ gleichgültig ist, worüber gestritten wird;

Hauptsache es wird anständig gestritten. „Wohin ist egal, Hauptsache wir sind schneller dort.“

Nun wäre es töricht und gefährlich zugleich, hinter den Pluralismus zurückzufallen und so etwas wie eine vorliberale Handlungstheorie zu entwerfen. Extrem rechte Gruppen in unserer Gesellschaft sind, ausgehend von ihrem Ordnungsbegriff, versucht, solche Angebote wieder mundgerecht zu machen und vorzutragen. Es muß ein Schritt nach vorne getan werden, der den Weg,

### „Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit“

EAK-Bundestagung '79  
2. bis 4. März in Wuppertal

In Zusammenarbeit mit der Wuppertaler CDU und den umliegenden CDU-Kreisverbänden starten wir eine Aktion für die Teilnehmer unserer Bundestagung '79 unter dem Motto: „Zu Gast bei der CDU im Bergischen Land“.

Im Rahmen dieser Initiative wollen wir Tagungsteilnehmern eine Möglichkeit geben, während der Bundestagung in Familien zu übernachten und so auch persönlich Menschen kennenzulernen, die sich der gleichen Verantwortung verpflichtet wissen.

Nähere Einzelheiten hierzu in der Januar/Februar-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung.

den der Pluralismus zurückgelegt hat, mit einbezieht und nicht verläßt. Zunehmend treten in der Gesellschaft neue „alte“ Fragen auf. Die Frage nach dem Lebenssinn oder die Frage nach dem Ganzen, die Frage nach einem neuen Lebensstil, in dem auch der Verzicht und die Askese ihren Platz hat, oder die Frage nach Lebensqualität schlechthin. In und hinter diesen Fragen versteckt sich nichts anderes als die Suche nach Grundwerten, die für alle gelten, ob sie im Bewußtsein des einzelnen bereits aktiv sind oder nicht. Dahinter

steckt dann auch die Frage nach legitimiertem Handeln. Mit diesen Fragen befinden wir uns auf dem Urgestein der Religion. Damit ist die Kirche herausgefordert und gefragt, was sie aus der christlichen Tradition und der ihr anvertrauten Wahrheit dazu zu sagen hat. Welchen Beitrag will sie leisten, damit Recht und Unrecht in unserer Gesellschaft unterscheidbar werden und Handeln in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik seinen Bezugspunkt zur Wahrheit findet? Nun kann die Kirche nicht einfach die alten Antworten für die neuen Fragen benutzen und die Welt so umgestalten, daß sie wieder in das Denk- und Frageschema früherer Jahrhunderte paßt. Die Reproduktion des Gestrigen ist nutzlos. Ihre Leistung muß darin bestehen, Handeln und Verantwortung von heute wieder aufeinander zu beziehen, daß menschliches Leben menschenwürdig bleibt.

Wenn die Kirche heute aufgefordert und gefragt wird, wie Verantwortung auszusehen hat, muß sie zwei Dinge klar unterscheiden: Einerseits das große Gebiet des Handelns und andererseits das große Gebiet des Tröstens. Beides ist von gleichem Gewicht. Was die Verantwortung für das Handeln betrifft, so ist es des Schweißes der Theologen wert, mit daran zu arbeiten, daß die moralischen Steilwände verschwinden zugunsten gangbarer Wege, die nach oben führen. Es müssen Staudämme gegen die Verantwortungsschwemme gezogen und Verantwortung und Gewissen in jene Bahnen gelenkt werden, wo Handeln sinnvoll und möglich ist. Der Mut zur Verantwortung muß so formuliert werden, daß auf Werte Bezug genommen wird, die allen zumutbar sind und nicht die Zumutbarkeit der Werte auflöst in Millionen von Einzelzumutungen, die am Ende keiner mehr durchschaut und die Verantwortungslosigkeit unter dem Geschrei der Verantwortlichkeit hervorbringen.

Mut zur Verantwortung heiße dann Mut zur Nähe und der Versuchung der Fernsten-Liebe zu widerstehen und diejenigen Probleme aufzugreifen, die vor der Haustüre liegen und tatsächlich im eigenen Handlungskreis handelbar sind. Mut zur Verantwortung heiße auch, moralische Forderung so zu formulieren und zu stellen, daß zugleich Barmherzigkeit gegenüber jenen durch-

klings, die handeln müssen. Wo die moralischen Forderungen utopisch werden, geraten die Handelnden in einen utopischen Leistungsstreß, den sie und diejenigen, für die sie handeln, nicht überstehen können. Das christliche Menschenbild spricht vom Menschen als Gerechtem und Sünder. Beide Aussagen begrenzen und füllen Verantwortung und dämpfen Angst und Übermut zur Verantwortung.

Mut zur Nähe bedeutet auch jener anderen Versuchung zu widerstehen, die heute allenthalben angesichts der Schwierigkeiten des öffentlichen Lebens im religiösen und kirchlichen Bereich um sich greift und der viele erliegen: Wir beobachten allenthalben ein Ausweichen der Kirchen und speziell der Prediger in die reinen privaten Bereiche. Die Legitimationskraft des Evangeliums reicht sozusagen nur mehr hinein in den unmittelbaren Bereich der Familie und der

Gärten um die Häuser herum. Nicht, daß dort keine entscheidenden Lebensfragen bewältigt werden müssen, aber Kirche und Christen dürfen sich aus dem schwierigen Feld der öffentlichen Verantwortung nicht zurückziehen. So kritisch Jesus und die Schreiber des Neuen Testaments auch die Macht des Staates sehen, so wenig erlauben sie Dispens von jener Verantwortung. Paulus kann soweit gehen und sagen, daß kein Staat, keine Obrigkeit ohne von Gott ist. Die Versuchung der damaligen Zeit, auszusteiern und in elitären Zirkeln sein Leben zu gestalten, war nicht geringer als heute. Es ist ein großes Unglück, gerade für unsere evangelische Kirche, daß viele unserer evangelischen Vereine und Zusammenschlüsse unpolitisch leben und aus sich heraus wenig Persönlichkeiten hervorbringen, die willens und in der Lage wären, sich als Verantwortliche in der Öffent-

lichkeit, als Abgeordnete oder als Stadträte zu stellen und zu arbeiten. Unsere evangelischen Vereine sind aufgerufen, diesen Aspekt ihres Vereinslebens neu zu bedenken. Wir brauchen auf diesem Feld den Mut zur Verantwortung bis zum Äußersten. Es könnte von uns sehr viel mehr „gemacht“ werden als bisher.

Mut zur Verantwortung braucht ein letztes, ein Ziel. Das Ziel der Christen ist das kommende Reich Gottes. Dieses Reich ist nicht das Ergebnis unseres Machens, unserer Intelligenz, sondern Objekt und Gegenüber unseres Glaubens und Hoffens. Wir sind unterwegs hin zu diesem Ziel, ohne daß wir dieses Ziel machen müssen. Nur so läßt sich die Geduld, die Zuversicht und die innere Tröstung wachhalten, die wir brauchen, um in öffentlichen und privaten Geschäften Mut zur Verantwortung segensreich durchzuhalten.

## Aus unserer Arbeit

### Nahezu 250 Teilnehmer beim 3. Schloß-Burger-Gespräch

Hierüber schrieb die Rheinische Post, die Redaktionsmitglied Horst Morgenbrod nach Schloß Burg entsandt hatte, folgendes:

#### Die Moral der Politiker

Wo war die Kirche bei der Grundwerte-Diskussion der beiden großen Parteien? Haben Theologie und Kirche „die Produktion von Antworten auf diese Fragen in den letzten 20 Jahren ein bißchen eingestellt“, wie es MdB Dr. Richard von Weizsäcker, Mitglied des Bundesvorstandes des EAK (Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU) 10. Nov. 1978 im Rittersaal von Schloß Burg formulierte? Zu der von einem Diskussionsredner aufgeworfenen Behauptung, durch die Diskrepanz von „Moral und Politik“, durch den Machtkampf der Parteien könne „diese Republik wieder zerschlagen werden“, meinte von Weizsäcker: „Moral und Politik sind für mich untrennbar miteinander verbunden“. Nur dürfe ein Poli-

tiker die „Moral“ nicht für die eigene Position beanspruchen und diese Position damit für unangreifbar erklären.

Suchen nach Antworten, nach dem Selbstverständnis der Kirche, aber auch ein gehöriger Schuß Selbstkritik der Vortragenden — das war der äußere Eindruck von diesem „3. Schloß-Burger-Gespräch“ des EAK. „Positionen unserer Kirche aus theologischer sowie aus politischer Sicht“ lautete das Thema. Etwa 250 Pfarrer, Presbyter, kirchliche Mitarbeiter und CDU-Protestanten aus dem weiten Bergischen Land von Velbert bis Leverkusen, von Düsseldorf über Wuppertal bis Radevormwald, waren der Einladung gefolgt. Die Kirchenvertreter und evangelisch engagierte Politiker waren auch hier Gefangene ihrer eigenen Geschichte: Ein Diskussionssteilnehmer machte die Männer des Podiums darauf aufmerksam, daß hinter ihnen das Motiv „Aufbruch zu den Kreuzzügen“ die Wand des Rittersaales schmückt.

EAK-Geschäftsführer Dr. Peter Egen eröffnete und wünschte Richard von Weizsäcker unter dem

Beifall der Runde „viel Glück für Berlin“. MdL Bernd Wilz, für die CDU Solingen, ideeller Gastgeber dieser Veranstaltung, erinnerte an die Aufforderung von Ministerpräsident Johannes Rau, die Kirche möge „Stellung beziehen“. Das tat für „die Kirche“ Generaldekan Albrecht von Mutius, der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Düsseldorf. Er verwies aus theologischer Sicht auf „ein verwirrendes Bild im politischen Bereich“ und bat um Verständnis für manches evangelische Suchen. Er definierte die politische Ethik der Evangelischen so: „Sie zeichnet sich durch Freiheit aus, sie ist gegen politischen oder theologischen Absolutismus“.

Zu der Aufforderung, die Kirche müsse politisch mehr handeln, meinte von Mutius: „Kirche hat nicht zu handeln, sie trägt keine politische Verantwortung“. Kein Bischof sei Bundeskanzler, kein Pastor Bürgermeister. Die Kirche könne ihren Gemeindegliedern nicht vorschreiben, was sie zu tun hätten, dies müsse der einzelne Christ aus seinem Glauben heraus

selbst entscheiden. Unterschiede muß die Kirche als Ganzes verkraften können.

Dennoch wurde in der Diskussion die Antwort der evangelischen Kirche auf aktuelle Fragen immer wieder gefordert: „Wo war sie beim Paragraphen 218, wo bei der Koopschule?“ Und der Superintendent, so wurde geklagt, melde sich vor Ort immer nur dann, wenn er einen Zuschuß zum Kindergarten haben wolle, „sonst sagt er nichts“.

Verjährungsfrist, Radikalerlaß, Südafrika, Anti-Rassismus-Fonds — es wurde kein heißes Thema ausgespart. Dr. von Weizsäcker spielte das ganze Repertoire seiner Argumentationskunst aus, war ausgewogen und bestimmt, verbindlich und unmißverständlich. Die Kirche, so mahnte er, müsse zwei Irrtümer vermeiden: sie dürfe die christliche Botschaft nicht in ideologischer Weise politisch verwenden, aber sie dürfe sich aus der politischen Diskussion auch nicht heraushalten; weder radikal distanzieren, noch einseitig identifizieren“. Er rief die Kirche auf, „uns Politiker immer wieder an die zentrale Aufgabe zu erinnern — an Frieden und Versöhnung“. Dr. von Weizsäcker rechtfertigte den „Kampf um die Macht“ der Parteien als demokratische Spielregel, „man macht den anderen schlechter als er ist und sich selbst besser als man ist“. Hier sei Ermahnung der Kirche notwendig. Das Eingangsgebet zu diesem Treffen war von dem Soweto-Pfarrer Mataboge gesprochen worden: er hatte um „Weisheit, Mut und Glauben“ gebeten und den Teilnehmern ein „Seid einig“ zugerufen.

**Die positive Resonanz, die das 3. Schloß-Burger-Gespräch im Bergischen Raum fand, wertete der Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU Dr. Peter Egen als Erfolg für kontinuierlich durchgeführte Aktivitäten. Das 1. Schloß-Burger-Gespräch wurde im Sommer 1976 durchgeführt, das 2. Gespräch im November 1977. Mit diesen Gesprächen soll ein Meinungsaustausch zwischen Presbytern und evangelischen Pfarrern einerseits sowie engagierten evangelischen CDU-Mitgliedern andererseits stattfinden. Das Experiment ist gelungen — diese Arbeit muß weiter fortgesetzt werden, erklärt dazu Professor Dr. Roman Herzog, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU.**

## Rheinischer EAK-Landesvorsitzender wiedergewählt

**Türnich:** Auf der diesjährigen Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland wurde der bisherige Landesvorsitzende Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, in seinem Amt bestätigt. Von 173 abgegebenen Stimmen entfielen 148 auf Hans-Ulrich Klose — einen Gegenkandidaten gab es nicht.

Neben 15 Beisitzern wählte die Landestagung zu den Stellvertretern des Vorsitzenden: Peter von der Heydt, MdB, Köln; Vikar Peter Hintze, Bad Honnef; Rektorin Her-rad Lorenz, Bonn sowie Pfarrer Manfred Schmidt, MdB, Wuppertal.

## Im Gespräch mit der Kirche

**Wesel:** Zu einem ersten Informationsgespräch trafen sich Superintendent Walter Stempel und einige Pfarrer des Kirchenkreises Wesel mit Mitgliedern des Evangelischen Arbeitskreises aus Wesel. Nachdem der Vorsitzende des EAK Wesel, Dr. Dieter Beisecker, die Gesprächsrunde begrüßt hatte, wurden zwei aktuelle Fragen angeschnitten: 1) Die Auswirkungen des zukünftigen Steuerrechts auf die Finanzen der Kirche und 2) Probleme der Kriegsdienstverweigerung.

Eine Senkung des Kirchensteuersatzes und die damit verbundene Verminderung der Kirchensteuereinnahmen darf zu keinem Abbau der diakonischen Arbeit führen. Hier muß sich die Kirche genau überlegen, inwieweit sie auf Steuereinnahmen verzichten kann. Nachdem das zeitweilige Gesetz Schiffbruch erlitten hatte, wodurch es jedem möglich war, durch eine schriftliche Mitteilung den Wehrdienst zu verweigern, wird das alte System, nämlich vor einer Kammer die Gründe der Wehrdienstverweigerung darzulegen, von der CDU weiterhin als die beste Lösung betrachtet, erklärte dazu der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Konrad Kraske. Das Bundesverfassungsgericht schlägt eine Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate vor. Dieser Vorschlag ist jedoch umstritten. Sicher ist, daß Zivildienstleistende gegenüber

Wehrpflichtigen z. Z. beachtliche Vorteile genießen. So sind z. B. 80 % der Soldaten heimatfern, während 4 % Heimschlaferlaubnis haben. Dagegen wohnen 80 % der Zivildienstleistenden zu Hause.

Am Schluß der Diskussion standen Fragen der Familienpolitik. Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik wurde mit Besorgnis verzeichnet.

Das Gespräch fand ein so großes Interesse, daß man beschloß, es in einem halben Jahr fortzusetzen. Außer einem Bericht über aktuelle Probleme der Politik sollen dann behandelt werden: Entwicklungspolitik und Südafrika, Schulpolitik, Jugendarbeitslosigkeit und die grundsätzliche Einstellung der Jugend zur Politik.

**Dinslaken:** Zwischenzeitlich fand ein weiteres Kontaktgespräch zwischen dem EAK und evangelischen Pfarrern in Dinslaken statt, welches sich thematisch mit ähnlichen Fragen wie das Weseler Gespräch beschäftigte.

Roman Herzog:

**„Ich halte die Ratlosigkeit für ein Zeichen der Zeit“**

**Pforzheim:** „Politik aus christlicher Verantwortung“ zu diesem Thema sprach im Gasthaus „Sonnenberg“ Professor Dr. Roman Herzog, Minister für Kultur und Sport in Baden-Württemberg, als 1. Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in der Bundesrepublik (EAK) vor einer großen Zuhörerschaft des Kreisverbandes des EAK und CDU Enzkreis/Pforzheim. Pfarrer Kurt Meythaler, Vorsitzender des EAK Enzkreis/Pforzheim, begrüßte unter den Anwesenden zahlreiche Gäste aus dem politischen, kirchlichen und kommunalen Leben. In seinem Grußwort wies Hugo Leicht (MdL), Kreisvorsitzender der CDU, auf die Zielsetzung des EAK hin, einen eigenständigen Beitrag zu der programmatischen Diskussion in den Unionsparteien aus evangelischer Verantwortung zu leisten.

Der Arbeitskreis will den evangelischen Christen helfen, Wege zur politischen Orientierung und zur Erfüllung ihrer politischen Verantwortung in der Welt zu finden. Basis der Arbeit für den EAK ist das

christliche Gebot der Nächstenliebe, das, so leicht, zur Achtung vor der Freiheit des Menschen und zur Solidarität mit den Schwachen in der Welt aufruft. Es werde dabei eine Politik vertreten, die sich an den Grundlagen der evangelischen Sozialethik orientiere und durch eine lebendige Offenheit für kritische Anfragen an die geistig-politischen Grundpositionen ausweise.

In seiner „biblischen Besinnung“ legte Kirchenrat Albert Roth, der Beauftragte der Evangelischen Landeskirchen in Baden-Württemberg bei Landtag und Landesregierung, den Brief des Apostel Paulus an die Galater zugrunde. In diesem Galaterbrief seien viele Gedanken vorhanden, die für den christlich denkenden Menschen Leitgedanke sein könnten, mit vielen Aufforderungen zum christlichen Handeln. Die Gedanken „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“ spielten damals wie auch heute eine wesentliche Rolle und besitzen ihre Gültigkeit in der Auseinandersetzung mit den anderen politischen Parteien, die sich gleichfalls diese drei Worte zu eigen machen, aber unterschiedlich auslegen.

#### **Unterschiedliche Auslegungen**

Professor Herzog ging in seinen Ausführungen zur „Politik aus christlicher Verantwortung“ auf den Bundesparteitag der CDU ein und die unterschiedliche Auslegung der umfangreichen Programmpunkte innerhalb der einzelnen Kreise der CDU. Es ergäben sich immer Schwierigkeiten, Interessen sowie politische Weltanschauungen gleichzeitig zu vertreten. Es sei daher notwendig, einen Kompromiß zu finden. Hier führte er verschiedene Gesetzesvorlagen an, die der Zustimmung des Bundesrates bedürften. Besonders das neue Eherecht veranlaßte die CDU/CSU zur Kompromißbereitschaft, auch wenn man nicht mit allen Bestimmungen und Richtlinien einverstanden sei. Auch innerhalb des EAK müßten Kompromisse geschlossen werden. Der Vorsitzende bemängelte, daß die kirchlichen Vertreter mit viel Texten arbeiten, die Praxis aber ganz anders aussehe. Hier sprach er die Frage der Gleichheit, die Gleichbehandlung der Menschen an, denn auf dem Papier stehe es meistens anders, als die Bestimmungen in Wirklichkeit ausgeführt würden.

Die Gleichheit habe, so Professor Herzog, viel mit Gerechtigkeit zu tun, besonders wenn neue Gesetze gemacht, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen aber durch die Bürokratie geschaffen und dadurch teilweise verwässert würden. Schwierig werde es, wenn politische Entscheidungen zu treffen seien, wo es nicht um ein christliches Prinzip geht, sondern mehr um Interessen. So wurde von ihm die Frage aufgeworfen, ob die überzähligen Junglehrer ein Teildeputat am Unterricht erhalten und alle davon etwas abbekommen oder einige vollbeschäftigt werden und der Rest leer ausgehe. Zur Schaffung neuer Planstellen für Lehrer spielt auch die finanzielle Seite im Haushaltsplan eine entscheidende Rolle. Die christliche Verantwortung und das Gewissen verlangt von den evangelischen Christen, sich zu entscheiden und an der Lösung großer Probleme mitzuwirken.

Abschließend meinte Kultusminister Herzog: „Auch in der CDU muß das, was an theologischen Strömungen in der evangelischen Kirche zu beobachten ist, zur Kenntnis genommen werden. Ich halte die theologische Diskussion und auch die Ratlosigkeit für ein Zeichen der Zeit und bin fest überzeugt, daß die geistige Auseinandersetzung in einer pluralistischen Gesellschaft auch auf theologischem Feld geführt werden muß und in den Gremien der Kirche dann mehr nachgedacht wird.“

---

#### **EAK Pinneberg informiert über Kinder- und Jugendkriminalität**

**Pinneberg:** Angesichts der bevorstehenden gesetzlichen familienpolitischen Neuregelungen durch die Bundesregierung sprach in einer öffentlichen, von Hans Bleckmann geleiteten, Veranstaltung des EAK Pinneberg die Hamburger Kriminaloberrätin Rosmarie Frommhold über die Kinder- und Jugendkriminalität.

Immer häufiger landen Kinder oder Jugendliche auf dem Polizeirevier, weil sie beim „klausen“ oder „Oma schocken“, bei Fahrraddiebstählen und Einbrüchen erwischt worden sind. Ebenso besorgniserregend wie die zahlenmäßige Zunahme von Delikten sei die Be-

obachtung, daß schon bei Kindern die Gewalttaten zunähmen. Dabei sei auffallend, daß sich immer häufiger auch Mädchen an Überfällen und Diebstählen beteiligten. Sie seien sogar erfinderischer und grausamer als Jungen.

Frau Frommhold warnte davor, eine Tat nur nach dem materiellen Schaden zu beurteilen und in kleinen Diebstählen eine harmlose Mutprobe zu sehen; vielmehr dürfe die Gefahr der Eskalation vom Kaufhausklau bis zum Raub mit Gewaltanwendung nicht unterschätzt werden. Andererseits jedoch solle man sich hüten, diese Kinder als kriminell abzustempeln.

Sodann stellte die Referentin den Wert der Erziehung heraus und zitierte Johann Heinrich Pestalozzi: „Erziehung ist Beispiel und Liebe“. Für Kinder und Jugendliche sei es bedeutsam, Liebe und Verständnis zu erfahren, um gegen die Reize der Umwelt anzugehen. Einen hohen Stellenwert nehme dabei ganz besonders die Familie ein. Nur hier könnten Kinder lernen, kritikfähig zu werden, um in und mit ihrer Umwelt zu leben. Von Wichtigkeit sei und bleibe, daß die Kinder täglich eine halbe Stunde Zuwendung bekämen. Eine solche halbe Stunde sei besser, als wenn Eltern und Kinder eine ganze Woche nebeneinanderher lebten. Die Familie sei der wichtigste Ort menschlicher Geborgenheit. Nur Liebe, Wärme und Verständnis im Elternhaus könnten die notwendigen seelischen Stützen schaffen.

Dem Vortrag schloß sich eine angeregte Diskussion an. Ein Beweis dafür, wie brennend aktuell diese Probleme in unserer heutigen Zeit sind.

---

#### **Gegen Unterstützung gewalttätiger Organisationen in Südafrika – Für Friedensbemühungen der Kirche**

**Bonn:** Gegen eine Unterstützung gewalttätiger Organisationen im südlichen Afrika durch kirchliche Einrichtungen hat sich mit Nachdruck erneut der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, ausgesprochen. In einer Sendung des Hessischen Rundfunks erklärte Dr. Egen, daß der gewalttätige und marxistisch-kom-

munistische Standort von einem Großteil dieser Bewegungen eindeutig gegeben sei.

An der einstündigen Diskussion im Studio des Hessischen Rundfunks, die unter dem Thema „Unterstützt die Kirche Gewalt im südlichen Afrika?“ stand, beteiligten sich neben Peter Egen die Bundestagsabgeordnete von Bothmer für die SPD, für den Weltkirchenrat Professor Dr. Grohs aus Mainz, der Mitglied des Zentralausschusses dieses Rates ist, sowie Oberkirchenrat Warner Conring von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland.

**München:** Über das nahezu gleiche Thema gab es eine Fernsehdiskussion unter dem Titel „Kirche in der Welt“ im 3. Programm des bayerischen Fernsehens, an welcher der stellvertretende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CSU, Peter W. Höffkes, MdB, teilnahm. Weitere Diskussionspartner dieser Sendung waren Professor Dr. Kurt Sontheimer und Professor Dr. Trutz Rendtorff.

Peter W. Höffkes, der Mitglied der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) ist, wies in dieser Sendung nochmals auf die Beschlüsse der VELKD und der Generalsynode anlässlich der Tagung in Bad Bevensen und die Entschließung der EKD-Synode von Bethel hin, wonach Kirchensteuermittel an den Sonderfonds des ÖKR nicht geflossen sind, andererseits aber die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) einen wesentlichen Teil der gesamten Verwaltungskosten des Weltkirchenrates trägt. Nunmehr fordern die VELKD und die EKD, daß die Verwaltung dieses Sonderfonds aus der allgemeinen Verwaltung herausgelöst wird und ein Überdenken der Mittelverwaltung des Sonderfonds

stattfindet. Beide kirchlichen Institutionen betonen, daß sie politische Entscheidungen, die zur Unterstützung von bewaffneten Befreiungsbewegungen führen, ablehnen. Bewaffneter Kampf, zumal wenn er sich gegen Frauen und Kinder richtet, kann niemals die Unterstützung der Kirchen finden.

#### Neuer EAK-Vorstand in Lübeck

**Lübeck:** Auf der kürzlich stattgefundenen Jahreshauptversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Lübeck wurden Vorstandswahlen durchgeführt, die folgendes Ergebnis brachten:

Vorsitzender:

Eberhard Zell, Lübeck

stellvertretender Vorsitzender:

Walter Freund, Lübeck

Beisitzer:

Adelheid Ludwig, Eutin;

Ulrich Böhme, Lübeck und

Klaus Schröder-Pander, Lübeck.

Die Evangelische Verantwortung dankt an dieser Stelle dem langjährigen Vorsitzenden des EAK Lübeck, Herrn Pastor Ulrich Böhme, für seine geleistete Arbeit. Vielen Lesern der EV ist der Lübecker Theologe von seinem unermüdlischen Einsatz bei den Kirchentagen her gut bekannt. Ulrich Böhme hatte aus persönlichen Gründen nicht erneut für das Amt des 1. Vorsitzenden im EAK Lübeck kandidiert.

#### Pfarrer Hans Dietrich Mittorp im Amt bestätigt

**Bad Säckingen/Waldshut:** Am Reformationstag hielt der Kreisverband des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Waldshut seine diesjährige Jahreshauptversammlung in Waldshut ab. Dabei

wurde der Vorstand unter Pfarrer Hans Dietrich Mittorp (Bad Säckingen) in seinem Amt bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurde auch der stellvertretende Vorsitzende Markus von Diemer (Waldshut). Auf der Versammlung hielt Staatssekretär Kurt Härzschel ein Referat über den „evangelischen Beitrag“ zur europäischen Einigung.

Der Vorsitzende des EAK-Kreisverbandes, Pfarrer Hans Dietrich Mittorp, wies in seiner Begrüßung darauf hin, daß gerade der Tag des „Reformationsfestes“ ein guter Anlaß sei, auch seitens des EAK die Thematik zu beleuchten. Es sei keinesfalls so, daß Luther mit seinem Thesenanschlag eine neue Kirche habe gründen wollen, mithin auch nicht habe spalten wollen. Es sei daher an der Zeit damit aufzuhören, den „Reformationstag“ als Gedenktag mit „anti-katholischer Zielsetzung“ zu begehen.

Staatssekretär Härzschel ging in seinem Referat auf den europäischen Aspekt der EAK-Arbeit ein. Er betonte die „Europa-Idee“ welche durch die bevorstehenden Wahlen erneut „Auftrieb erhalten“, was auch die Verantwortung der Christen aller Kirchen spürbarer werden lasse. Es sei die Aufgabe der Kirchen, mit einem Beitrag dazu zu leisten, daß es kein „technokratisches Europa“ geben werde. Ferner müsse über die Schaffung zwischenmenschlicher Kontakte, die Verhinderung von Kriegen und Konflikten als „Brückenbauer für Europa“ tätig zu sein.

Bei den an das Referat anschließenden Vorstandswahlen wurde Pfarrer Hans Dietrich Mittorp in seinem Amt bestätigt, ebenso wie sein Stellvertreter Markus von Diemer. Als Beisitzer wurden gewählt: Monika Hege (Bad Säckingen), Manfred Kizler (Lörrach), Jürgen Nehls (Wehr) und Reinhold Schlönvogt (Bad Säckingen). Alle waren bereits bisher im Vorstand tätig.

## Berufung in Synoden

Verschiedene Mitarbeiter aus dem Bereich des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sind in den letzten Wochen als Syno-

dale berufen worden. Wir gratulieren hierzu sehr herzlich und wünschen Gottes Segen.

**Karlsruhe:** Zwei Mitglieder des Vorstandes des EAK-Landesverbandes Baden wurden vom Landeskirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Baden in die Landessynode berufen: Justizminister a. D. Dr. Traugott Bender, Vorsit-

zender des EAK Baden, und Pfarrer Horst Nagel (der bisher schon als gewähltes Mitglied zur Synode gehörte), beide Karlsruhe.

**Salzgitter:** Ernst von Essen, Landesvorsitzender des EAK der CDU Braunschweig, wurde in die Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig berufen.



## Buchbesprechungen

**Eugen Gerstenmaier: Von Bolz bis zu Rommel und Wurm. Baden-Württemberger im Kampf gegen Hitler. 32 Seiten, Broschüre, 4,50 DM. Evangelisches Verlagswerk Stuttgart.**

Bolz, Rommel und Wurm stehen in diesem persönlichen Bericht eines Mitbeteiligten über den Kampf Baden-Württemberger gegen Hitler als Archetypen für viele Widerständler, von denen hier die Rede ist sowie für viele andere, die Gerstenmaier in diesem Vortrag nicht nennen konnte. Sie alle gehörten dem „Anderen Deutschland“ an und sind dem einen oder anderen dieser Leitbilder zuzurechnen: dem Parlamentarier und Politiker des freiheitlichen Rechtsstaats, dem gewissenhaften Soldaten oder dem mutigen Kirchenmann. An sie sich erinnern zu lassen, nach über 30 Jahren, scheint heute notwendiger denn je. Diese lebendige Schilderung eines Augen- und Tatzeugen ist mehr als ein Stück eindrucksvoller und hochinteressanter Historie, sie ist ein klares biographisches und politisches Bekenntnis.

Für die am Thema besonders Interessierten ist die im Anhang aufgeführte Bibliographie aller Schriften und Vorträge von Eugen Gerstenmaier zum Thema „Widerstand und 20. Juli“ wertvoll.

**Dieter Blumenwitz (Hrsg.): Wehrpflicht und Ersatzdienst. Die Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht, Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Band 16. Günter Olzog Verlag München 1978, 352 Seiten, Preis 28,- DM.**

Die Auseinandersetzung, ob Wehrpflicht oder Ersatzdienst zu leisten sind, wird insbesondere von den Wehrpflichtgegnern vehement fortgeführt. Wider besserer Einsicht treten sie für die Ableistung eines Ersatzdienstes ein, ohne die sicherheitspolitischen Risiken auch nur ansatzweise zu berücksichtigen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dieser Streitfrage soll Stück für Stück entwertet werden.

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat nunmehr in der Reihe „Berichte und Studien“ die Publikation: „Wehrpflicht und Ersatzdienst“ vorgelegt. Herausgeber dieses Buches – das alle wichtigen Unterlagen und Materialien enthält, die dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt haben – ist Prof. Dieter Blumenwitz. Er hat in Karlsruhe seinerzeit als Prozeßbevollmächtigter mitgewirkt. Aus kompetenter Feder erfährt der Leser folglich die Problematik und verfassungsrechtlichen Bewertungs- und Entscheidungsgründe der Karlsruher Richter.

**Walther Bienert: Irrwege des religiösen Sozialismus. Mit Beiträgen von Anton Rauscher, Manfred Spieker, Lothar Bossle, Wilhelm Weber, Baldur H. Hermans. Veröffentlichungen des Studienkreises Kirche und Befreiung, herausgegeben von Franz Hengsbach und Alfonso López Trujillo. Aschaffenburg 1977. 92 Seiten.**

Die Behauptung „Christen müssen Sozialisten sein“ und die Bewegung „Christen für den Sozialismus“ wollen zwar die soziale Seite des christlichen Glaubens zur Vereinnahmung von Christen für eine Ideologie namens „Sozialismus“ mißbrauchen, machen aber gerade dadurch die Dringlichkeit einer grundsätzlichen Erörterung des Verhältnisses von Christentum und Sozialismus offenkundig. Eine solche kann nicht im geschichtslosen Raum vor sich gehen, muß vielmehr dort ansetzen, wo schon geschichtliche Versuche in dieser Richtung vorliegen, d. h. besonders beim „religiösen Sozialismus“ als einer wesentlich innerprotestantischen Bewegung vom Ausgang des vorigen Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik. Hierbei ist es hilfreich, wenn nach Wolfgang Deresch jetzt katholische Wissenschaftler diese Größe kritisch betrachten. Dazu legt der katholische Sozialwissenschaftler Wilhelm Weber (Prof. in Münster) eine Sammlung von vier Aufsätzen mit einem Diskussionsbericht (von B. H. Hermans) vor.

Die Ausführungen verdienen es, von evangelischen Christen ernsthaft beachtet zu werden. Man spürt ihnen nämlich ab, daß sie mit teilnehmender Sorge die Vorgänge im protestantischen Raume wahrnehmen und dabei in vielen Fragen deutlicher sehen als viele in der eigenen Umwelt befangenen Protestanten.

So leistet dieses Büchlein nicht nur ergänzende Information, sondern auch einen über die Konfessionsschranken herrüberreichenden brüderlichen Dienst.

**Hildegunde Wöller (Hrsg.): Gottes Kindergarten – Elternerfahrungen mit der religiösen Erziehung. 190 Seiten, kt., 9,80 DM. Kreuz Verlag Stuttgart – Berlin**

Kaum ein Thema ist so ergiebig wie das, was Eltern mit ihren Kindern erlebt haben. Da ist die Welt gegenwärtig: Scherz und Ernst, Komik und Witz und ganz plötzlich auch Fragen nach Tod, Gott, Schuld und Vergebung. Eltern, die sich bereitgefunden haben, ihre Erlebnisse mit den eigenen Kindern, ihre Fragen, ihre Zweifel, aber auch ihr Glück, ihre Begeisterung und ihre Ehrfurcht zu schildern, sind Autoren dieses Sammelbandes.

Dieses Buch will zur Erziehung helfen, beleuchtet aber vor allem die Beziehung zwischen jung und alt und führt dadurch zu Einsichten, die im Zusammenhang mit religiösen Fragen überraschen. Es ist auch denen zu empfehlen, die selbst keine Kinder haben – denn Erziehung ist ein wechselseitiger Vorgang zwischen jung und alt und geht jeden an.

**Aufschlüsse – Ein Glaubensbuch. 472 Seiten, mit 32 Schwarzweißfotos auf Kunstdrucktafeln, 24,- DM. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh**

Dieses Buch spiegelt die besondere gesellschaftliche Lage der Kirchen in der DDR wider. Für evangelische Christen in der Bundesrepublik ist es daher ein wichtiger Gesprächspartner und eine wertvolle Informationsquelle, die Einblick in den besonderen Weg von christlichem Glauben und evangelischer Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft gibt.

Mit dem evangelischen Glaubensbuch „Aufschlüsse“ aus der DDR liegt ein weiteres Zeugnis einer modernen Glaubenslehre vor. Das Glaubensbuch vermittelt ein Bild von Glauben und Denken im Bereich des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR bis etwa um die Mitte des Jahres 1975.

**Robert Geisendörfer: Für die Freiheit der Publizistik. 197 Seiten, 19,80 DM. Kreuz Verlag Stuttgart – Berlin**

Der Verfasser, Robert Geisendörfer (1910–1976) war Gründer und Direktor des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik in Frankfurt (Main) und Fernsehbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die Impulse, die er der Medienpolitik in der Bundesrepublik und der evangelischen Publizistik gegeben hat, werden in diesem Band erneut aktuell.

**Kurt Rommel: Familie vor Gott – Die Praxis des Betens, 256 Seiten, 16,80 DM. Kreuz Verlag Stuttgart – Berlin**

Ein Gebetbuch – speziell für die christliche Familie – ist heute nötiger denn je. Bleibt doch die Familie als Kern der Gemeinde und der Gesellschaft nur intakt, wo Eltern und Kinder, Geschwister und Ehepartner ihre Verantwortung für einander und ihre Probleme mit einander im Gebet vor Gott zur Sprache bringen.

Das Buch von Kurt Rommel bietet in einfacher Sprache Gebete und Besinnung, Hinweise und Anregungen zur gemeinsamen Andacht in großer Fülle: Morgen- und Abendgebete, Tischgebete und Sonntagsgebete, betende Besinnung zu den großen Festen des Kirchenjahres, zu Familienfesten und für besondere Anlässe der Freude oder der Anfechtung.

# Roman Herzog im Gespräch mit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Braunschweig

**Braunschweig:** Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Minister Professor Roman Herzog, besuchte am 1. Dezember 1978 Einrichtungen der Ev.-Luth. Landeskirche Braunschweig. Er wurde vom Landesvorsitzenden des EAK Braunschweig, Ernst von Essen, der gemeinsam mit der Landeskirche diesen Besuch vorbereitet hatte, begleitet.

In einer Audienz bei Landesbischof Dr. Heintze, an der auch der Landesvorsitzende der CDU Braunschweig und stellv. Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Ernst-Henning Jahn, teilnahm, wurden gesellschaftspolitische Fragen angesprochen. Hierbei hob Prof. Herzog besonders die Bedeutung hervor, den jungen Menschen in ihrer Entwicklung neben dem Lernen auch Werte und Inhalte zur Persönlichkeitsbildung zu vermitteln, insbesondere im Blick auf die Zukunft unseres Volkes, das sich in wachsendem Ausmaß dem Einfluß anderer Kulturen, wie z. B. aus Asien, Afrika und Südamerika, gegenübergestellt sieht. Hier sollte nach Möglichkeiten gesucht und gemeinsame Überlegungen angestellt werden.

Professor Herzog unterrichtete den Landesbischof über die Ziele des EAK, wobei auch die Bundestagungen angesprochen wurden, deren Bedeutung für das protestantische Verständnis in der politischen Arbeit Ernst von Essen unterstrich.

Anschließend fand eine Besichtigung des Lukas-Werkes der Lan-

deskirche in Salzgitter statt, wo Prof. Herzog von Propst Warmers, dem Leiter dieses Werkes, begrüßt wurde. Mit Hilfen der Landeskirche, des Landes Niedersachsen und der Stadt Salzgitter hat Propst Warmers hier in kurzer Zeit eine vorbildliche Heimeinrichtung für Kinder geschaffen, für die der Bundesvorsitzende des EAK — sowohl vom Sozialen als auch vom Pädagogischen her — große Anerkennung bekundete. Sichtlich erfreut war er über die Einstellung der Erzieher und über das in dieser Form wohl selten anzutreffende Engagement von Propst Warmers, auf dessen persönliches Verdienst diese mustergültige Einrichtung zurückgeht.

Beeindruckend war im übrigen die große Aufgeschlossenheit, durch die Prof. Herzog sofort Kontakt mit den Kindern hatte, sich von ihnen ihre Zimmer zeigen ließ und mit ihnen über ihre Initiativen sprach.

Am Nachmittag dieses Tages nahm der Bundesvorsitzende des EAK, Prof. Herzog, an einer Tagung des Pfarrervereins der Landeskirche Braunschweig teil, die im „Haus kirchlicher Dienste“ in Rid-dagshausen stattfand. Im Beisein von Landesbischof Dr. Heintze wurde u. a. auch das leidige Thema des Religionsunterrichtes an den Schulen besprochen. Aus den Diskussionsbeiträgen und den ernstesten Fragen der jüngeren Pfarrer wurde besonders die Not deutlich, in der sich der Religionsunterricht befindet. In diesem Zusammenhang berichtete Pfarrer Reimund, der sich

auf landeskirchlicher Ebene mit diesem Thema befaßt und um Lösungen bemüht, daß im Bereich des Schulamtes Braunschweig sich der Unterrichtsausfall wie folgt darstellt: Grundschulen 50 %; Orientierungsstufe 51 %; Sonderschulen L 58 %; Realschulen 74 %; Hauptschulen 83 %; Gymnasien 66 %.

Dankbar wurden viele gute Hinweise aufgenommen, die Prof. Herzog geben konnte. Dabei vertrat er auch die feste Meinung, daß nicht nur die Quantität des Religionsunterrichtes sondern auch seine Qualität von großer Wichtigkeit sei, und daß über die Inhalte nachgedacht werden müsse. Aus dieser Sicht sei es zu begrüßen, daß sich die Bundestagung des EAK in Wuppertal 1979 mit Fragen des Religionsunterrichtes befassen werde. —

Der Deutschlandfunk, der Norddeutsche Rundfunk und die Presse haben in eingehenden Kommentaren diesen Besuch unseres Bundesvorsitzenden bei der Landeskirche in Braunschweig gewürdigt, der nach seinen eigenen Worten dazu dienen sollte, die Landeskirche in Braunschweig durch eigene Gespräche und im Austausch von Meinungen kennenzulernen und um Verständnis zu werben für die Aufgaben und Pflichten protestantischer Christen in der CDU. Denn nicht zuletzt ist bei diesen Gesprächen sehr deutlich geworden, daß es auch viele Fragen und Probleme im kirchlichen Bereich gibt, die nur auf der politischen Ebene gelöst werden können.

## Kurz notiert

### Für marxistischen Einparteiensstaat

**Robert Mugabe und Joshua Nkomo sind die Führer der „Patriotischen Front“, jener gewalttätigen**

**Organisation, die — weitgehend von Nachbarländern aus — gegen Rhodesien kämpft, um dort „zu befreien“. Was von dieser „Befreiung“, die aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms mit 85000 Dollar unterstützt wurde, zu erwar-**

**ten ist, erklärte Robert Mugabe in der englischen Zeitung „The Observer“ vom 15. Oktober 1978:**

„In einem unabhängigen Zimbabwe wird der gesamte Grundbesitz verstaatlicht werden, angefangen mit den Ländereien, die im

Ausland lebenden Eigentümern oder Gesellschaften gehören ... Zimbabwe wird die derzeitige kapitalistische Wirtschaftsstruktur durch staatlich gelenkten Zentralismus ersetzen ... Meine Partei will aus Zimbabwe einen marxistischen Einparteienstaat machen. Wenn wir eine Wahl gewinnen, haben wir die Legitimation dazu. Übernehmen wir die Macht nach einem Sieg mit den Waffen, dann haben wir das Recht, einen marxistischen Staat auch ohne Wahlen zu errichten ... Die üblichen Grundrechte? Ja. Aber besonderer Schutz für Minderheiten? Nein! Wir werden die gleichen Rechte für alle haben“.

### Für „Stätten des Kirchlichen Wiederaufbaus“ in der DDR

Zum 14. Male seit 1952 ruft das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland die Kirchengemeinden im Bundesgebiet und in West-Berlin zur Sammlungsaktion „Stätten des kirchlich-diakonischen Wiederaufbaus“ zugunsten kirchlicher und diakonischer Bauten in der DDR auf. Nach einem von der Diakonischen Konferenz jetzt gefaßten Beschluß wird die Sammlung, die sich über die Jahre 1979 und 1980 erstreckt, Einrichtungen der Evangelischen Kirchen und Freikirchen in Berlin-Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen und Thüringen zugute kommen. Im einzelnen sollen sechs Objekte gefördert werden: Das Alten- und Alterspflegeheim Bethesda in Teltow, das Gemeindezentrum und Feierabendheim in Neubrandenburg, das orthopädische Krankenhaus Paul-Gerhard-Stift in Wittenberg, das Orthopädische Krankenhaus Heimdall in Bad Elster, das Evangelische Krankenhaus Sophienhaus in Weimar und das Psychiatrische Pflegeheim des Bundes Evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in Schmalkalden-Aue.

### Bundespräsident bei Entwicklungskongreß der Kirchen

Bundespräsident Walter Scheel wird zur Eröffnung des entwicklungspolitischen Kongresses der Kirchen sprechen, der vom 24. bis 27. Januar 1979 in Bonn-Bad Godesberg stattfindet. Scheel folgt damit

einer Einladung des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentags, D. Klaus von Bismarck, und des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Kultusminister Dr. Hans Maier (München).

Veranstalter des Kongresses sind neben Kirchentag und Zentralkomitee die evangelische „Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst“ und der katholische „Arbeitskreis Entwicklung und Frieden“.

### Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative diskutiert Schulmitwirkungsgesetz

**Dortmund:** Im Mittelpunkt einer kürzlich stattgefundenen Seminarveranstaltung der Evangelischen Eltern- und Lehrerinitiative NRW in Dortmund standen Fragen des Schulmitwirkungsgesetzes. Als Vertreter der drei Düsseldorfer Landtagsfraktionen nahmen hieran u. a. die Landtagsabgeordneten Dr. Bernd Petermann (CDU), Franz-Josef Kniola (SPD) und Frau Silke Gerigk-Groth (F.D.P.) teil.

Die mehr als vierzig Vertreter der Evangelischen Eltern- und Lehrerinitiative trugen dabei aus der Praxis heraus die ersten Schwierigkeiten vor, die sich aus dem Umgang mit dem Schulmitwirkungsgesetz ergeben. Schwerpunktmäßig standen dabei folgende Fragen im Mittelpunkt einer kritischen Analyse: Fördert das neue Schulmitwirkungsgesetz Konflikt- oder Partnerschaftsmodelle, bringt es wirkliche Mitentscheidungsmöglichkeiten oder beschränkt es sich nur auf den Bereich der Mitberatung? Daneben wurde auch die Frage nach der Beteiligung der Eltern an schulpolitischen Entscheidungen auf Landesebene gestellt, da man der Ansicht war, daß nur eine Beteiligung der Eltern vor Ort nicht ausreichend sei.

Die Vertreter aller drei Landtagsfraktionen räumten ein, daß sich die Schwächen des Schulmitwirkungsgesetzes insbesondere in den Ausführungsbestimmungen des Kultusministers zeigten; die zunehmende – auch hier leider feststellbare – Bürokratisierung führe zu undurchdachten Ergebnissen, deren Änderungsnotwendigkeit bereits heute schon feststellbar sei, er-

klärte dazu Grete Schneider aus Münster, die erste Vorsitzende der EELI ist.

Im Rahmen eines zügigen Ausbaus der Evangelischen Eltern- und Lehrerinitiative ist die baldige Gründung weiterer regionaler Gruppen in NRW vorgesehen. Die Bereitschaft zur Mitarbeit vieler Eltern und Lehrer vor Ort sei enorm, erklärte dazu der stellvertretende Vorsitzende der EELI, Dr. Peter Egen. Es komme nunmehr darauf an, mit gezielten Arbeitshilfen den Aufbau in den einzelnen Städten und Kreisen zu fördern.

Anschrift: Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative NRW, Postfach 15 21, 5300 Bonn 1 oder über die 1. Vorsitzende: Frau Grete Schneider, Goerdelerweg 29, 4400 Münster, Telefon 02 51 / 7 38 62.

Wer die Arbeit der EELI unterstützen möchte, kann seine Spende einzahlen auf das Konto Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative NRW, Nr. 1 241 777 Commerzbank Bonn, BLZ 380 400 07.

### Aufruf zum Weihnachtsoffer für Vietnam-Flüchtlinge

Der Leiter der evangelischen Aktion „Brot für die Welt“, Direktor Hans-Otto Hahn (Stuttgart), hat zu einem Weihnachtsoffer für die Flüchtlinge aus Indochina aufgerufen. Anlässlich der Eröffnung der 20. Aktion „Brot für die Welt“ in Osnabrück rief Hahn die christlichen Gemeinden dazu auf, diese Flüchtlinge aufzunehmen.

Der Direktor dankte der niedersächsischen Landesregierung sowie anderen Bundesländern für deren Bereitschaft, bei der Bewältigung des wachsenden Flüchtlingsstroms aus Vietnam zu helfen.

Die Aktion „Brot für die Welt“ hat nach Hahn in den 19 Jahren ihres Bestehens insgesamt 587 Millionen DM an Spenden für Entwicklungsprojekte und Hilfsmaßnahmen in Ländern der Dritten Welt verwaltet. Dies sei ein Grund zur Dankbarkeit, aber „kein Grund zum Jubeln“, erklärte der Leiter des kirchlichen Hilfswerks. Die weltweite Kluft zwischen arm und reich nehme immer drastischere Formen an. Es herrsche zu wenig Betroffenheit über die Tatsache, daß 750 Millionen Menschen in absoluter Armut lebten.

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB ● Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM, Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

## Leistungsprinzip und Wettbewerbsgesellschaft — Zur neuen Denkschrift der EKD

Eine umfassende Auseinandersetzung mit Kritikern von Leistungsprinzip und Wettbewerbsgesellschaft unternimmt die jüngste Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Sozialethische Überlegungen zur Frage des Leistungsprinzips und der Wettbewerbsgesellschaft“. Die Anklagen gegen das Leistungsprinzip müssen sehr ernst genommen werden, stellt die Denkschrift fest und weist auf einen umfassenden Katalog der Leistungskritik hin, angefangen von der Neuen Linken bis hin zur Leistungskritik aus kirchlichen Kreisen. Verdrängung des Mitmenschen, Anpassungszwang und Erfolgshunger werden ebenso erwähnt wie Ungleichheiten im Leistungsvergleich, Überforderung und sinnentleerter Leistungszwang. „Auch wer bezweifelt, daß diese Kritiker brauchbare Alternativen anbieten, muß eingestehen, daß bestimmte Einwände berechtigt sind und Veränderungen nötig machen“. Dabei wird auf die Zwiespältigkeit von Leistung und Wettbewerb hingewiesen: Sie sind nicht ungebrochen gut, sondern können zugleich lebensschaffend und lebenszerstörend wirken.

Entschieden wendet sich die neue Denkschrift der EKD gegen die Verteufelung des Leistungsprinzips: „Leistung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kultur und Zivilisation. So gesehen wäre Leistungsfeindlichkeit einfach Kulturfeindlichkeit“. Das Leistungsprinzip habe mit Abbau ungerechtfertigter gesellschaftlicher Privilegien, zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Macht, zu höherer Produktivität und zur besseren Versorgung der Bevölkerung beigetragen. Gerade die Christen

müßten ein positives Verhältnis zur Leistung gewinnen: „Der Mensch ist eingesetzt als Gottes Haushalter zur Bewahrung und Gestaltung der Welt als Gottes Schöpfung“. Er „dürfe“ leisten und solle seine Leistung so einsetzen, daß dadurch ethische Werte und gesellschaftlich wichtige Ziele verwirklicht werden. Auf dieser Grundlage fordert die Denkschrift eine humanere Gestaltung von Leistung und Wettbewerb durch Solidarität. Wörtlich heißt es: „Je wirksamer und selbstverständlicher in einer Gesellschaft Leistungsprinzip und Solidarität unter allen Menschen verwirklicht werden, desto menschenwürdiger ist diese Gesellschaftsordnung. Das Leistungsprinzip kann nur insoweit Geltung beanspruchen, als es die Solidarität unter den Menschen nicht aufhebt, sondern der menschlichen Solidargemeinschaft dient.“

Um dies zu ermöglichen, bedarf es nach Auffassung der EKD nicht nur eines fairen Verhaltens des einzelnen. Auch mit dem Abbau von Überforderung und Egoismus allein sei es noch nicht getan. Vielmehr sieht die EKD-Denkschrift hier eine Aufgabe für die rechte Wirtschaftsordnung: Sie fordert, Leistungsprinzip und Wettbewerbsordnung durch geeignete Rahmenbedingungen, durch korrigierende Gegengewichte (Sozialpflichtigkeit und Solidarität) und durch die Einhaltung gesellschaftlicher Fairneß zu fördern und zu sichern. Auch müsse der Gefahr der Fehlentwicklung und Entartung durch Bereitschaft zu ständiger Korrektur und Reform entgegengetreten werden. Nur unter solchen Bedingungen und nur in einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft seien Leistungsprinzip und Wettbewerbsgesellschaft hilfreiche und unent-

behrliche Voraussetzungen für eine dem Menschen gemäße Ordnung der Industriegesellschaft.

In seinem Geleitwort schreibt der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof D. Helmut Claß, über die Aufgabe der Denkschrift: „Als Diskussionsbeitrag will die Denkschrift den evangelischen Christen und Gemeinden helfen, sich in den sozialetischen und sozialpolitischen Auseinandersetzungen unserer Zeit zu orientieren und sich eine gemeinsame Meinung zu bilden. Der Rat der EKD hofft darüber hinaus, daß diese Überlegungen auch außerhalb der Kirche, bei den Kritikern wie den Verteidigern der bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnung Beachtung finden und das Nachdenken über den Menschen befruchten. Denn den Menschen zu sehen und seine Würde zu achten, ist heute zu einer vordringlichen gemeinsamen Aufgabe geworden.“

Die neue Denkschrift der EKD wurde von der Kammer für soziale Ordnung in mehrjähriger Arbeit erstellt und vom Rat der EKD approbiert. Der Kammer gehören qualifizierte Fachleute verschiedener Fachbereiche an, die ehrenamtlich für die Beratung der leitenden Gremien der evangelischen Kirche tätig sind. Zu den Mitgliedern der EKD-Kammer für soziale Ordnung gehören unter Vorsitz von Akademiendirektor i. R. D. Dr. Eberhard Müller u. a. der Karlsruher Bundesrichter Dr. Helmut Simon, der Bochumer Sozialethiker Professor Günter Brakelmann, der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Professor Wilhelm Krelle und der Bundestagsabgeordnete Dr. Philipp von Bismarck.